

Inhaltsübersicht

A. Einführung	21
I. Allgemeines zur Thematik und dem Gegenstand der Untersuchung	21
II. Übersicht zu gesetzlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen der Beschlagnahme anwaltlicher Unterlagen	24
III. Übersicht über die schwerpunktmäßig zu behandelnden Problembereiche	31
IV. Methodik und Gang der Untersuchung	41
B. Mögliche verfassungsrechtliche Begründungsansätze für einen Beschlagnahmenschutz	44
I. Allgemeines	44
II. Geheimnisschutz	45
III. Ableitung aus dem nemo-tenetur-Prinzip	51
IV. Art. 12 GG – Berufsfreiheit des Rechtsanwalts	62
V. Rechtsstaatsprinzip	66
VI. Zusammenfassung der verfassungsrechtlichen Grundlagen	84
C. Untersuchung der Abschreckungsthese	86
I. Zur Notwendigkeit der Untersuchung des Abschreckungseffekts	86
II. Vorgehensweise: Rational Choice vs. Empirie?	88
III. Zur Struktur der Rational-Choice-Betrachtung	89
IV. Die einzelnen Einflussfaktoren	92
V. Zur These von der reduzierten Gründlichkeit bei Internal Investigations als Folge einer Beschlagnahmemöglichkeit	146
VI. Bewertung der verschiedenen Einflussfaktoren im Hinblick auf die Abschreckungsthese	148
VII. Empirische Untersuchungen zum Abschreckungseffekt	151
VIII. Das ambivalente und differenzierte Gesamtergebnis zur Abschreckungsthese	156
D. Schlussfolgerungen für mögliche verfassungsrechtliche Beschlagnahmeverbote	158
I. Kein verfassungsrechtliches Beschlagnahmeverbot auf Grundlage des Bestimmtheitsgebots	158
II. Zur Begründung eines Beschlagnahmeverbots auf Grundlage des allgemeinen Rechtsstaatsprinzips	159
III. Die rechtspolitische Dimension der Beschlagnahmeproblematik	166

IV. Die These von der Manipulierbarkeit von Strafverfahren durch Unternehmen.....	174
V. Gesamtergebnis zur Begründung eines verfassungsrechtlichen Beschlagnahmeverbots.....	181
E. Einfachgesetzliche Lösung der Beschlagnahmeproblematik.....	183
I. Einleitung und Übersicht.....	183
II. § 160a StPO	183
III. § 148 StPO.....	194
IV. § 97 StPO.....	243
F. Endergebnis und Zusammenfassung.....	325
I. Überblick	325
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	326
III. Einfachgesetzliche Lösung	329
IV. Zusammenfassung der wichtigsten Thesen.....	332
Literaturverzeichnis	335

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	21
I. Allgemeines zur Thematik und dem Gegenstand der Untersuchung ..	21
II. Übersicht zu gesetzlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen der Beschlagnahme anwaltlicher Unterlagen	24
1. Grundlagen zum Beschlagnahmeschutz nach der StPO	24
2. Die Beschränkung auf den Gewahrsam des Zeugnisverweigerungs- berechtigten	25
3. Die Erweiterung durch § 148 StPO	25
4. § 160a StPO	26
5. Unternehmen im System der StPO als Gegenstand der Untersu- chung	27
a) Unternehmen als selbst von Straf- und Ordnungswidrigkeitsver- fahren Betroffene	27
b) Unternehmen als Einflussfaktoren im Strafverfahren gegen na- türliche Personen	28
c) Einordnung in das System der Criminal Compliance	29
III. Übersicht über die schwerpunktmäßig zu behandelnden Problemberei- che	31
1. Schutz anwaltlicher Unterlagen im Gewahrsam des Betroffenen. ..	31
a) Zur Notwendigkeit schriftlicher Anwaltsunterlagen im Gewahr- sam des Mandanten	32
aa) Beratung von Unternehmen	32
(1) Notwendigkeit von Schriftlichkeit	32
(2) Notwendigkeit von Gewahrsam des Mandanten	34
(3) Ergebnis: kein Verzicht auf schriftliche Unterlagen im Gewahrsam des Mandanten möglich	36
bb) Andere Konstellationen	37
b) Normative Anknüpfungspunkte für die Lösung des Problems ..	37
2. Der allgemeine prozessuale Schutz von Unternehmen	38
3. Der Schutz von Gegenständen aus Mandatsverhältnissen mit Drit- ten, die nicht selbst Betroffene sind	39
IV. Methodik und Gang der Untersuchung	41
B. Mögliche verfassungsrechtliche Begründungsansätze für einen Beschlagnahmeschutz	44
I. Allgemeines	44
II. Geheimnisschutz	45

1. Ansätze eines inhaltlichen Geheimnisschutzes in Literatur und Rechtsprechung	45
2. Notwendigkeit einer Einzelfallabwägung.....	46
3. Der unantastbare Bereich privater Lebensführung	47
4. Inhaltlicher Geheimnisschutz für Unternehmen?.....	49
5. Ergebnis: Inhaltlicher Geheimnisschutz kann kein allgemeines Beschlagnahmeverbot begründen	50
III. Ableitung aus dem nemo-tenetur-Prinzip.....	51
1. Allgemein	51
a) Möglicher Ansatz für ein allgemeines Beschlagnahmeverbot...	52
b) Ablehnung eines allgemeinen Beschlagnahmeverbots aufgrund des nemo-tenetur-Prinzips.....	53
2. Compliance-Pflichten als Anknüpfungspunkt für ein Beschlagnahmeverbot?	55
a) Das nemo-tenetur-Prinzip als Grundlage eines unternehmerischen Selbstevaluations-Privilegs?	56
aa) Kein Zwang, Internal Investigations gerade durch Anwälte durchführen zu lassen.	56
bb) Die verwandte Diskussion im Umweltstrafrecht und das self-evaluative privilege.	57
cc) Ablehnung eines allgemeinen Selbstevaluationsprivilegs ...	58
b) Weitere allgemeine Zweifel.	59
aa) Keine Geltung des nemo-tenetur-Prinzips für Unternehmen.	59
bb) Sachlicher Gehalt des nemo-tenetur-Prinzips	60
c) Kein Beschlagnahmeschutz aufgrund einer Selbstbelastung durch Entscheidungsträger.	61
3. Ergebnis: Beschlagnahmeschutz nicht aus dem nemo-tenetur-Prinzip ableitbar.	62
IV. Art. 12 GG – Berufsfreiheit des Rechtsanwalts.	62
1. Bisherige Ansätze	62
2. Verfassungsrechtliche Prüfung	63
3. Die Abwesenheit einer eigenständigen Wertung in Art. 12 GG....	65
4. Ergebnis: kein eigenständiger Beschlagnahmeschutz aus Art. 12 GG	66
V. Rechtsstaatsprinzip.	66
1. Zur generellen Struktur des rechtsstaatlichen Arguments.....	67
2. Rechtsanwälte als notwendige Voraussetzung für die „effektive Verteidigung“?.....	69
a) Zwei grundverschiedene Konzepte von „effektiver Verteidigung“	69
b) Das in der Rechtsprechung anerkannte Konzept der effektiven Verteidigung.....	70
c) Keine Erweiterung des Konzepts „Verteidigung“ durch den Zusatz der „Effektivität“	73
d) Keine Erhöhung des Schutzniveaus durch Art. 6 EMRK	74
3. Rechtliches Gehör.....	74

4. Bestimmtheit	77
5. Das allgemeine Rechtsstaatsprinzip	79
a) Formale Rechtsstaatlichkeit	80
b) Materielle Rechtsstaatlichkeit	81
c) Die Verallgemeinerung der rechtsstaatlichen Argumentation ...	82
d) Anwendung auf Internal Investigations	83
VI. Zusammenfassung der verfassungsrechtlichen Grundlagen	84
C. Untersuchung der Abschreckungsthese	86
I. Zur Notwendigkeit der Untersuchung des Abschreckungseffekts	86
II. Vorgehensweise: Rational Choice vs. Empirie?	88
III. Zur Struktur der Rational-Choice-Betrachtung	89
1. Verschiebung der Entscheidungsparameter?	89
2. Eigene Ordnung der Rational-Choice-Betrachtung	90
IV. Die einzelnen Einflussfaktoren	92
1. Unabhängig von der Beschlagnahmemöglichkeit bestehende Abschreckungseffekte	92
a) Das Problem fehlender persönlicher Kontrolle im Mandat eines Unternehmensanwalts	92
b) Die Problematik der Entbindungsbefugnis	93
c) Ablehnung einer persönlichen Entbindungsbefugnis für Organwalter	95
d) Sonstige Zugriffsmöglichkeiten auf anwaltliche Unterlagen ...	96
e) Ergebnis: Fehlende persönliche Kontrolle über Kommunikationsvorgänge begründet einen von der Beschlagnahmemöglichkeit unabhängigen Abschreckungseffekt	99
2. Zusätzliche Abschreckungseffekte durch Versagen eines Beschlagnahmeschutzes	99
a) Vorbemerkung zur Bedeutung persönlichen Risikos für die Abschreckungsthese	100
b) Rein zukunftsbezogene Rechtsberatung	101
aa) Die Argumentation in der Literatur	101
bb) Kein Abschreckungseffekt bei rein zukunftsbezogener Rechtsberatung	102
(1) Allgemeines	102
(2) Bewusst rechtswidriges Verhalten auf Grundlage anwaltlicher Beratung	104
(3) Ergebnis: kein Abschreckungseffekt im Hinblick auf rein zukunftsbezogene Beratung	104
c) Anwaltliche Tätigkeit mit Vergangenheitsbezug	105
d) Zum Beschlagnahmeschutz zugunsten von Nichtbeschuldigten .	106
aa) Strafrechtliche Konsequenzen	107
(1) Keine Schlechterstellung im Vergleich zur Aussagepflicht?	107

(2) Kein rechtlicher Nachteil durch Beschlagnahme aufgrund eines Verwertungsverbots	107
bb) Zivilrechtliche Nachteile	110
cc) Ergebnis: kein Abschreckungseffekt bei der Beschlagnahme von Unterlagen nichtbeschuldigter Dritter	111
e) Beratung von Unternehmen	111
aa) Staatliche Sanktionen für Organwalter	111
bb) Zivilrechtliche Ansprüche	112
f) Sonderfall des Abschreckungseffekts – beschränkte Möglichkeit von Vertraulichkeitszusagen und Amnestievereinbarungen	114
aa) Die These von der durch die Beschlagnahmemöglichkeit geminderten Aussagebereitschaft von Mitarbeitern im Rahmen von Internal Investigations	114
bb) Hintergrund der Argumentation	115
cc) Widerlegen der These	116
dd) Ergebnis: Beschlagnahmemöglichkeit hemmt die Bereitschaft zur Aussage im Rahmen von Internal Investigations nicht	120
3. Den Abschreckungseffekt neutralisierende Faktoren	120
a) Unternehmen und Rechtsanwälte als „unvermeidbare Bettgefährten“?	120
b) Zivilrechtliche Pflichten zur Inanspruchnahme rechtlicher Beratung	122
aa) Allgemeine Pflichten zur Beratung	122
(1) Allgemeine Sorgfaltspflichten und die „Grundlage angemessener Information“ als Ansatzpunkt für eine Pflicht zur Inanspruchnahme rechtlicher Beratung	122
(2) Die Legalitätspflicht/Compliance-Pflicht	123
bb) Speziell zu Reaktionspflichten auf Verdachtsfälle im eigenen Unternehmen	126
(1) Zur Herleitung der Pflicht zum (repressiven) Vorgehen aus der Schadensabwendungspflicht	127
(2) Zur Herleitung der Pflicht zum (repressiven) Vorgehen aus der Legalitätspflicht	128
c) Die Auswirkungen einer Beschlagnahmemöglichkeit auf die zivilrechtliche Pflicht zur Inanspruchnahme rechtlicher Beratung und der Sachverhaltsaufklärung	129
aa) Allgemeine Grundsätze zum gebotenen Maß an rechtlicher Beratung	129
bb) Auswirkungen auf allgemeine Rechtsberatung mit Vergangenheitsbezug	131
(1) Auswirkungen auf die Begründung über die Schadensabwendungspflicht	131
(2) Auswirkungen auf die Begründung über die Legalitätspflicht	133

(3) Ergebnis: Möglichkeit der Beschlagnahme schränkt Compliance-Pflichten nicht ein.....	134
cc) Auswirkungen auf interne Sachverhaltsaufklärung.....	135
dd) Der Einfluss von Treue- und Verschwiegenheitspflicht	136
d) Pflicht zur Inanspruchnahme von Rechtsanwälten nach dem OWIG/Strafrecht.....	137
aa) Rechtsvergewisserungspflicht.....	137
bb) Sachverhaltsaufklärung.....	138
e) Einschränkung der Pflichten aufgrund möglicher Selbstbelastung durch Geschäftsleiter?.....	138
aa) Der strukturelle Konflikt zwischen Compliance-Pflichten und Selbstbeziehungsfreiheit.....	139
bb) Die Parallele zur allgemein zivilrechtlichen und insbesondere arbeitsrechtlichen Diskussion.....	140
cc) Keine Beschränkung der Pflichten auf das Verhältnis zwischen Privaten.....	141
dd) Ablehnung eines relevanten „Zwangs“.....	142
ee) Einschränkung der Primärpflichten aufgrund allgemeiner Zumutbarkeitserwägungen?.....	144
ff) Folgeproblem – ein zivilrechtliches Verwertungsverbot? ...	145
gg) Ergebnis: keine Einschränkung von Compliance-Pflichten durch Selbstbelastungsfreiheit.....	146
f) Ergebnis: teilweise Neutralisierung des Abschreckungseffekts durch Rechtspflichten zur Hinzuziehung von Rechtsanwälten ..	146
V. Zur These von der reduzierten Gründlichkeit bei Internal Investigations als Folge einer Beschlagnahmemöglichkeit.....	146
VI. Bewertung der verschiedenen Einflussfaktoren im Hinblick auf die Abschreckungsthese.....	148
1. „Haftungsmühle“ als Ergebnis divergierender Haftungsfaktoren ...	148
2. Der Einfluss von D&O Versicherungen.....	149
VII. Empirische Untersuchungen zum Abschreckungseffekt.....	151
1. Übersicht über die bestehenden empirischen Untersuchungen.....	151
2. Generelle Zweifel an der Aussagekraft der Studien.....	151
3. Die ambivalenten Ergebnisse der empirischen Studien.....	153
4. Ergebnis: Vorhandene empirische Untersuchungen treffen keine verlässlichen Aussagen.....	156
VIII. Das ambivalente und differenzierte Gesamtergebnis zur Abschreckungsthese.....	156
D. Schlussfolgerungen für mögliche verfassungsrechtliche Beschlagnahmeverbote.....	158
I. Kein verfassungsrechtliches Beschlagnahmeverbot auf Grundlage des Bestimmtheitsgebots.....	158
II. Zur Begründung eines Beschlagnahmeverbots auf Grundlage des allgemeinen Rechtsstaatsprinzips.....	159

1. Natürliche Personen	160
a) Weitgehende Bestätigung der Abschreckungsthese	160
b) Keine gegenläufigen verfassungsrechtlichen Prinzipien	160
c) Kein Beschlagnahmeverbot zugunsten von Nichtbeschuldigten ..	162
d) Ergebnis: eingeschränktes verfassungsrechtliches Beschlagnah-	
meverbot zugunsten von natürlichen Personen	162
2. Unternehmen	163
a) Die Ambivalenz des Abschreckungseffekts	163
b) Die Konkretisierungsbedürftigkeit des Rechtsstaatsprinzips	163
c) Normgeprägtheit	164
d) Ergebnis: Ablehnung eines verfassungsrechtlichen Beschlagnah-	
meschutzes zugunsten von Unternehmen	165
III. Die rechtspolitische Dimension der Beschlagnahmeproblematik	166
1. Bedeutung der Frage für die Untersuchung.	166
2. Zum Bestehen eines Konflikts zwischen Aufdeckung und Bestra-	
fung	167
a) Beeinträchtigung interner Aufklärung.	167
b) Beeinträchtigung staatlicher Strafverfolgung	168
aa) Trübung von Beweisquellen.	168
bb) Faktischer Rückzug des Staates aus der Ermittlungstätigkeit	168
c) Ausgleich der Beeinträchtigung staatlicher Ermittlungstätigkeit	
durch „freiwillige Kooperation“?	170
d) Ergebnis: struktureller Konflikt zwischen staatlicher Strafverfol-	
gung und rein internen Compliance-Bemühungen.	171
3. Die Rolle der Beschlagnahme	171
4. Abwägungskriterien einer rechtspolitischen Entscheidung	172
5. Ergebnis: eine im Hinblick auf verfassungsrechtliche Postulate noch	
unzureichend geklärte rechtspolitische Frage	173
IV. Die These von der Manipulierbarkeit von Strafverfahren durch Unter-	
nehmen	174
1. Formulierung der These in Rechtsprechung und Literatur	174
2. Ablehnung der Manipulations-These	175
a) Die Grundannahme in Literatur und Rechtsprechung: völlige	
Gestaltungsfreiheit bei der Offenbarung von Informationen aus	
der anwaltlichen Geheimsphäre	176
b) Die konkludente Entbindung von der anwaltlichen Schweige-	
pflicht	177
c) Die Berücksichtigung des Fairness-Gedankens bei der Bestim-	
mung der sachlichen Reichweite einer konkludenten Entbin-	
dungserklärung	178
d) Auswirkungen auf die Manipulations-These	180
3. Ergebnis: Ablehnung der Manipulations-These	180
V. Gesamtergebnis zur Begründung eines verfassungsrechtlichen Be-	
schlagnahmeverbots	181

E. Einfachgesetzliche Lösung der Beschlagnahmeproblematik.	183
I. Einleitung und Übersicht.	183
II. § 160a StPO.	183
1. Einschränkung durch die innere Struktur des § 160a?	184
a) Eingeschränkte Reichweite von § 160a I 1 StPO	184
b) Bloßes Verwertungsverbot nach § 160a I 5 StPO?	185
c) Ergebnis: Innere Struktur des § 160a I StPO steht einem Beschlagnahmeverbot nicht entgegen	187
2. Verhältnis zwischen § 160a StPO und § 97 StPO.	187
a) Meinungsstand	187
b) Grammatikalische Auslegung	188
c) Systematische Auslegung	189
d) Historische Auslegung	192
3. Ergebnis zu 160a: keine Entscheidung der Beschlagnahmefrage	194
III. § 148 StPO.	194
1. Allgemeines zum Stand der Diskussion	194
2. Meinungsstand zum zeitlich-sachlichen Anwendungsbereich von § 148 StPO	195
a) Übersicht über die bisherigen Ansätze in Literatur und Rechtsprechung	195
aa) Das traditionelle Verständnis eines „Verteidungsverhältnisses“ i. S. v. § 148 I StPO.	195
(1) Der Beschuldigtenbegriff im Allgemeinen	196
(2) Kein Beschuldigter ohne staatliches Untersuchungsverfahren	197
(3) Kein Beschuldigter im Verwaltungsverfahren	198
bb) Die restriktive Ansicht	199
(1) Die Ansicht des LG Bonn.	199
(2) Die restriktive Ansicht in der übrigen Rechtsprechung.	201
(3) Die restriktive Ansicht in der Literatur	202
(4) Kritische Beurteilung der inhaltlichen Argumentation der restriktiven Ansicht	203
(5) Speziell zur eng verstandenen Zweckbindung des LG Bonn.	205
cc) Die erweiternde Ansicht	207
(1) Übersicht über die vertretenen Erweiterungen	207
(2) Kritische Beurteilung der inhaltlichen Argumentation.	208
dd) Höchststrichterliche Rechtsprechung?	211
(1) BGHSt 29, 99 – Zulässiges Verteidigerhandeln bei Terroristenverteidigung	212
(2) BVerfGE 38, 105 – Recht auf Zeugenbeistand	214
(3) Erstreckung von § 148 StPO auf das Anbahnungsverhältnis.	214

(4) BVerfG, NJW 2010, 1740 – Sachliche Begrenzung des freien Verteidigerverkehrs	215
(5) Der Schutz von Unterlagen des sich selbst verteidigenden Beschuldigten	217
(6) Ergebnis: keine tragfähigen Anhaltspunkte in der höchst-richterlichen Rechtsprechung	218
3. Eigene Auffassung und Einordnung	219
a) Der Wortlaut des § 148 StPO	219
aa) Der Begriff des „Verteidigers“	219
bb) Der Begriff des „Beschuldigten“ in § 148 StPO	219
(1) § 137 StPO als rein deklaratorische Mindestgehalts-norm?	220
(2) Die Beschuldigung als rein persönliches, nicht aber zeitliches Abgrenzungskriterium?	220
(3) Unterschiedliche Beschuldigtenbegriffe innerhalb der StPO?	221
(4) Eigene Auslegung des Beschuldigtenbegriffs in § 148 StPO	224
b) Systematik	225
aa) Der systematische Zusammenhang der §§ 137 ff. StPO	225
(1) Schutz „in jeder Lage des Verfahrens“ unvereinbar mit dem Erfordernis von Kenntnis auf Seiten des Beschul-digten	225
(2) Der Verfahrensbegriff der §§ 137 ff. StPO	226
(3) Überlegungen zu einem erweiterten Verfahrensbegriff ..	227
(4) Begrenzung des Verfahrensbegriffs	228
bb) Systematische Zusammenschau mit anderen normierten Rechten der Verteidigung	229
cc) Bestimmung der Reichweite von § 148 StPO anhand allge-meiner Aussagen über Funktion und Aufgaben des Verteidi-gers	230
c) Teleologische Auslegung	231
d) Zur Frage eines Schutzes von Unterlagen aus „anderen Verfah-ren“	233
aa) Einem Ermittlungsverfahren vorgelagerte Unterlagen aus nicht strafrechtlichen Verfahren	233
bb) Parallel zu einem Ermittlungsverfahren laufende „andere Verfahren“	234
cc) „Andere“ strafrechtliche Ermittlungsverfahren	234
4. Ergebnis zu § 148 StPO: Schutz nur innerhalb eines laufenden Er-mittlungsverfahrens	237
5. Übertragung der gefundenen Grundsätze auf Unternehmen und sonstige Nebenbetroffene	237
a) Parallele zur Bestimmung der Beschuldigteneigenschaft?	238

b) Eigenständige Bestimmung im Rahmen der § 431 ff. StPO	239
c) Konkretisierung der Reichweite des § 148 StPO im Anwendungsbereich der §§ 431 ff. StPO	241
IV. § 97 StPO.	243
1. Der persönliche Anwendungsbereich von § 97 StPO	244
a) § 97 I Nr. 3 StPO – natürliche Personen in ihrer Eigenschaft als Nichtbeschuldigte.	245
aa) Ambivalenz von Wortlaut, Systematik und Historie	245
bb) Teleologische Auslegung	246
(1) Kein vollständiger Umgehungsschutz.	246
(2) Schutz des Vertrauensverhältnisses.	248
(3) Das nemo-tenetur-Prinzip	249
(a) Zum Meinungsstand in der Literatur.	249
(b) Eigene Bewertung.	250
(4) Schutz des Zeugnisverweigerungsberechtigten vor Konflikten.	251
(5) Materieller Geheimnisschutz.	254
(6) Der freie Zugang zum durch Rechtsanwälte vermittelten Rechtsstaat.	255
cc) Ergebnis: Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats als Schutzzweck des § 97 StPO/kein Beschlagnahmeschutz zugunsten von Nichtbeschuldigten	257
b) Anwendbarkeit von § 97 StPO auf Unternehmen	258
aa) Die bisherige Diskussion um die Anwendbarkeit von § 97 StPO auf Unternehmen.	258
(1) Die Verortung des Problems ausschließlich in der Auslegung von § 97 I Nr. 3 StPO.	259
(2) Die selbstverständliche Anwendung des § 97 StPO	260
bb) Eigene Einordnung der Diskussion	261
cc) Bedenken gegen die Anwendbarkeit aufgrund der Systematik der §§ 431 ff. StPO	262
(1) Die Einordnung in die Systematik der §§ 431 ff. StPO.	263
(2) Die Berücksichtigung der §§ 431 ff. in der bisherigen Literatur	264
(3) Die mögliche Nichtanwendbarkeit von § 97 StPO aufgrund der Systematik der §§ 431 ff. StPO	265
(4) Überwindung der systematischen Bedenken	268
(a) Das (ursprüngliche) Regelungskonzept der §§ 431 ff. StPO – ein „Weniger“ gegenüber dem echten strafrechtlichen Vorwurf.	269
(b) Konkretisierung des Unterschieds zwischen echten Strafen und bloßen Nebenfolgen nach der ursprünglichen Vorstellung des Gesetzgebers	270
(c) Die zweifelhafte Rechtsnatur der Verbandsgeldbuße	272

(d) Aufgabe der Nebenfolgekonstruktion.	273
(e) Einführung des Bruttonprinzips im Rahmen des Verfalls	273
(5) Ergebnis: Systematik der §§ 431 ff. StPO steht der Anwendbarkeit des § 97 StPO auf Unternehmen nicht entgegen	274
dd) Konkretisierung des Schutzzwecks von § 97 StPO auf Unternehmen	275
ee) Normative Bestätigung des Abschreckungseffekts	276
(1) § 145 AktG.	276
(a) Entwicklung einer möglichen Wertungsübertragung	276
(b) Ablehnung einer Wertungsübertragung	277
(2) Wertung aus §§ 444 I 2, 434 I 2, 148 StPO	278
(3) Wertung des § 160a StPO	280
(4) Ergebnis: ausreichender Abschreckungseffekt aufgrund der normativen Wertung der §§ 444 II 2, 434 I 2, 148 StPO	282
ff) Zur Frage des richtigen gesetzlichen Anknüpfungspunktes: § 97 I StPO oder § 97 I Nr. 3 StPO?	282
gg) Ergebnis: § 97 StPO auch auf Unternehmen anwendbar ...	283
c) Gesamtergebnis zum persönlichen Anwendungsbereich des § 97 StPO: Beschlagnahmeschutz zugunsten von (quasi-)beschuldigten natürlichen Personen und Unternehmen.	285
2. Sachliche Reichweite von § 97 StPO: die Gewahrsamsfrage	285
a) Übersicht	285
b) Grammatikalische Auslegung: Kein zwingender Wortlaut	286
aa) Schweigerecht vs. Zeugnisverweigerung?	286
bb) Zeugnisverweigerungsrecht nicht allein dem Zeugen vorbehalten.	287
c) Systematische Auslegung	289
d) Genetische Auslegung: widersprüchliche Anhaltspunkte in den Gesetzesmaterialien	291
e) Teleologische Auslegung: keine eindeutigen Hinweise auf den subjektiv verfolgten Zweck des Gewahrsamserfordernisses	293
f) Teleologische Auslegung: Objektive Bestimmung des Zwecks des Gewahrsamserfordernisses	294
aa) Versuche einer Zweckbestimmung in der Literatur.	295
(1) Klarheit des Beschlagnahmeverbots und Parallelen zum Zwangsvollstreckungsrecht	295
(a) Die Zweiteilung des Verfahrens der Zwangsvollstreckung	296
(b) Die Notwendigkeit einer materiellen Prüfung durch die Ermittlungsbehörden	296

(c) Die Vermutung materieller Richtigkeit im Rahmen der Zwangsvollstreckung	297
(d) Der fehlende materielle Anknüpfungspunkt des Gewahrsamserfordernisses im Zusammenhang mit der Beschlagnahme	298
(e) Ergebnis: Klarheit des Beschlagnahmeverbots kann das Gewahrsamserfordernis nicht erklären	299
(2) Fehlende Notwendigkeit eines weitergehenden Schutzes	300
(3) Geringere Schutzbedürftigkeit wegen faktisch erleichterter Kenntnisnahme durch Dritte	300
bb) Andere denkbare Erklärungsansätze für das Gewahrsamserfordernis	302
(1) Das Gewahrsamserfordernis als Korrektiv zur Vermeidung eines zu umfassenden Asyls von Beweisgegenständen	302
(2) Informationsfluss nur in eine Richtung geschützt	305
(a) Entwicklung eines möglichen Erklärungsansatzes ..	305
(b) Ablehnung des Erklärungsansatzes	305
(3) Der Rechtsanwalt als quasi außerrechtliches Korrektiv ..	306
(a) Entwicklung eines möglichen Erklärungsansatzes ..	306
(b) Das anwaltliche Berufsethos als Hintergrund der Argumentation	307
(c) Ablehnung des Erklärungsansatzes	311
(4) Gewahrsam als Instrument zur Harmonisierung der äußeren Grenzen von materiellem und gegenständlichem Geheimnisschutz	313
(a) Erläuterung eines möglichen Erklärungsansatzes ..	313
(b) Die Konsequenz für die Beschlagnahme im Gewahrsam des Beschuldigten	314
cc) Ergebnis: keine plausible Erklärung für ein Versagen des Beschlagnahmeschutzes im Gewahrsam des Mandanten	315
g) Sonstige Argumente gegen eine restriktive Auslegung des Gewahrsamserfordernisses	316
aa) Schutzzweck von § 97 StPO	316
bb) Praktische Erwägungen	316
h) Ergebnis zur grundsätzlichen sachlichen Reichweite des Gewahrsamserfordernisses: Schutz auch im Gewahrsam des Mandanten	317
i) Speziell zum Beschlagnahmeschutz für Unterlagen im Gewahrsam von Unternehmen	317
j) Alternative Begründungen für die Beschlagnahmefreiheit im Gewahrsam des Mandanten	318
aa) Teleologische Reduktion des Gewahrsamserfordernisses ...	319

bb) Verstoß des Gewahrsamserfordernisses gegen Art. 3 I GG.	320
(1) Feststellen einer Ungleichbehandlung.	320
(2) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung.	321
(a) Kein sachlicher Grund für eine Ungleichbehandlung erkennbar.	321
(b) Rechtfertigung jenseits der bloßen Willkürkontrolle	322
(3) Ergebnis: herkömmliches Verständnis des Gewahrsamserfordernisses verstößt gegen das Gleichheitsgebot	323
k) Gesamtergebnis zur sachlichen Reichweite von § 97 StPO: Beschlagnahmeschutz auch im Gewahrsam des Mandanten	324
F. Endergebnis und Zusammenfassung	325
I. Überblick	325
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben	326
III. Einfachgesetzliche Lösung	329
IV. Zusammenfassung der wichtigsten Thesen.	332
Literaturverzeichnis	335